

Hannes Androsch

## **Keine Sicherheitspolitik ohne gesunde Wirtschaftsgrundlagen**

*„Ohne Frieden ist alles nichts!“ (Willy Brandt)*

### 1. Zusammenfassung

Die Integration Europas auf wirtschaftlichem Weg wurde zur Erfolgsstory. Dieser Weg wird nur dann eine Fortsetzung finden, wenn die Verwerfungen, die mit der Finanzkrise 2008 an die Oberfläche gekommen sind, beseitigt und gleichzeitig in die Zukunft, also in eine moderne Infrastruktur, in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert wird. Neben den Mindestregeln für die gemeinsame Währung des gemeinsamen Wirtschaftsraums wird Europa auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme sprechen müssen, um sich in der neuen multipolaren Weltordnung behaupten zu können. Dann könnte das wirtschaftliche Friedensprojekt Europa ein globales Vorbild für Frieden und Prosperität werden.

### 2. Die Idee des Friedens

Historische Zeitabschnitte, die mit Frieden, wirtschaftlicher Prosperität, kultureller Blüte, der Förderung der Wissenschaften sowie Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards einhergehen, gibt es in der Geschichte der Menschheit nur wenige. Daher werden diese in Anlehnung an die Mythologie der Antike gerne mit goldenem Attribut versehen. Im 20. Jahrhundert wurde die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende und bis zum ersten Erdölpreisschock 1973 andauernde weltwirtschaftliche Prosperität als „Goldenes Zeitalter“ oder „die glorreichen Dreißig“ („les trente glorieuses“) bezeichnet. Von dieser Entwicklung hat das westliche Europa und in besonderer Weise Österreich erheblich profitiert.

Die europäische Geschichte seit Mitte des letzten Jahrhunderts dokumentiert, dass innerer und äußerer Friede, breiter Wohlstand und soziale Sicherheit keine bloßen Utopien mehr sind. Die Aufbruchsbewegung des „arabi-

schen Frühlings“ gibt trotz der Rückschläge, die manche Kommentatoren des politischen Zeitgeschehens bereits von einem „arabischen Winter“ sprechen lässt, der visionären Vorstellung, die Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ dargelegt hat, neuen Auftrieb. Kant entwarf darin die Voraussetzungen einer Friedensordnung für eine Welt mit souveränen Staaten mit republikanischer Verfassung, die rechtlich in einer Art Völkerbund zusammengeschlossen sind, der als Friedensinstanz fungiert. Im Vorgriff dieser Idee vertrat Kant die Idee eines „Weltbürgertums“, wobei er den Kosmopolitismus nicht als eine Form der politischen Organisation, sondern als moralische Haltung ansah. Als deren oberstes Begründungsprinzip forderte er den kategorischen Imperativ ein: „Handle so, dass die Maxime deines Handelns jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne!“ Die wirtschaftliche Dimension als Anreiz für Frieden und dessen Festigung fand bei Kant noch keine explizite Berücksichtigung.

Diesen Zusammenhang hat Ambrogio Lorenzetti in seinem im 14. Jahrhundert für den Palazzo Pubblico in Siena geschaffenen Freskenzyklus „Die gute und die schlechte Regierung“ meisterhaft dargestellt. Die schrecklichen Bilder der Folgen von Krieg, Not, Hunger, Leid und Zerstörung sind in düsteren Farben gehalten. Dem steht die volle Farbenpracht des geschäftigen Treibens gut gekleideter Menschen in der Geborgenheit einer gut befestigten mittelalterlichen Stadt mit stattlichen Häusern inmitten einer blühenden und fruchtbaren Landschaft gegenüber.

### 3. Von der Pax Romana über die Pax Americana zur multipolaren Weltordnung

Als erster Sammelbegriff für eine politische Programmatik, die politischen Herrschaftsanspruch mit den Prinzipien innerer Friede, einheitliche Verwaltungsstrukturen, Ausbau der Infrastruktur samt Förderung der wirtschaftlichen Stärke verbindet, steht die „Pax Romana“, die zu Ehren der Verdienste von Kaiser Augustus, der diese begründete, auch als „Pax Augusta“ bezeichnet wird. Diese führte im römischen Reich für mehr als ein Vierteljahrhundert zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Blüte sowie zu einem so hohen Standard an Sicherheit, dass sogar in den nördlichen Provinzen bei zahlreichen neu gegründeten Städten auf den Bau von Verteidigungsmauern verzichtet wurde.

Für das unter Dschingis Khan errichtete Großreich, das im 13. und 14. Jahrhundert große Teile Asiens und Osteuropas umfasste, steht die „Pax Mongo-

lica“. Die Legende berichtet, dass Händler ohne Furcht, überfallen und ausgeraubt zu werden, das gesamte Land durchqueren konnten.

Der umfassende Macht- und Gestaltungsanspruch samt militärischer Durchsetzungskraft, der mit der weltweiten Vormachtstellung von Großbritannien als führende See- und Kolonialmacht des 19. Jahrhunderts einherging, fand seine Entsprechung im Terminus „Pax Britannica“.

Die „Pax Romana“ und die „Pax Britannica“ hatten im 20. Jahrhundert Vorbildwirkung für die USA. Der Anspruch zur Durchsetzung einer „Pax Americana“ wurde erstmals nach der Beendigung des Sezessionskrieges 1865 erhoben und bezog sich zunächst nur auf das eigene staatliche Territorium. Dies änderte sich mit dem Anstieg ihres Einflusses auf das Weltgeschehen. Die USA, die in der Industrialisierung rasch den Status einer wirtschaftlichen Großmacht erreichten, stiegen nach dem Ersten Weltkrieg zur Weltmacht und nach dem Zweiten Weltkrieg zur Supermacht auf. Nach der Implosion des sowjetischen Imperiums wandelten sich die USA als allein verbliebene Supermacht zur Hypermacht, zum Hegemon. Die unipolare Weltordnung im Rahmen der „Pax Americana“ hat ihren Zenit bereits überschritten. In der neuen multipolaren Weltordnung, die sich herausbildet, zeichnet sich allerdings noch kein tragfähiges System für eine neue Weltordnung ab. Die bestehenden multilateralen Institutionen erweisen sich als zu schwach bzw. zu sehr auf Eigeninteressen ihrer Mitglieder konzentriert, um dieses Machtvakuum zu füllen. Die UNO ist seit den vergeblichen Reformbemühungen 2005 erstarrt. In den G-20 müssen nationale Interessen stets austariert werden; festgelegte Verfahren, die Sicherheit stiften könnten, gibt es nicht.

#### 4. Wirtschaftliche Integration als spektakuläres Friedensprojekt

Im Windschatten des Kalten Krieges und der Angst vor einem Atomkrieg, die durch die Hoffnung auf „Friede durch Angst“ relativiert wurde, vollzog sich das spektakulärste Friedensprojekt in der Geschichte des Kontinents, der wegen seiner blutigen Vergangenheit als „dunkler“ bezeichnet wurde (Mark Mazower).

Die schrecklichen Erfahrungen der großen Kriege im 20. Jahrhundert – der beiden Weltkriege, die nur durch eine von Not, Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit gekennzeichnete Zeitspanne von knapp mehr als zwei Dezennien unterbrochen wurden – waren Anlass für die Entwicklung des politischen Programms der europäischen Integration als

wirtschaftspolitisches Friedensprojekt. Es war die visionäre Kraft von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Jean Monnet, Robert Schuman und Henri Spaak, die dieses Projekt Wirklichkeit werden ließ, für dessen weiteren Ausbau sich Willy Brandt, Jacques Delors, Helmut Kohl, Francois Mitterand, Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, um nur einige große Namen zu nennen, besondere Verdienste erworben haben.

Der legendäre Satz von Jean Monnet „Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären“, war die Triebfeder für die am 18. April 1951 gegründete „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, kurz „Montanunion“ genannt. Daraus erwuchsen zunächst der gemeinsame Markt, dann der EU-Binnenmarkt, das europäische Währungssystem und zuletzt die europäische Währungsunion. Letztere lässt sich auch als einen Frieden festigende Maßnahme interpretieren, gab es doch, sieht man vom amerikanischen Sezessionskrieg im 18. Jahrhundert ab, innerhalb einer gemeinsamen Währungszone noch nie Krieg.

Mit der europäischen Einigungsbewegung wurde auch das Primat der nationalstaatlichen Ordnung überwunden, die mit dem Westfälischen Frieden nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges begründet wurde. Damit war auch der Keim zur unheilvollen Entwicklung der nationalen Bewegungen im 19. Jahrhundert gelegt, die schließlich im großen Krieg mündeten.

Mit dem durch Implosion ausgelösten Zerfall des sowjetischen Imperiums, der so wie der arabische Frühling weder von den westlichen Geheimdiensten noch von den zahlreichen „Think-Tanks“ vorhergesehen wurde, kam auch die Logik der Geografie wieder zu ihrer Geltung. Das zweigeteilte Europa gehörte der Vergangenheit an, die Tür zur Errichtung eines gemeinsamen Hauses Europa stand wieder offen.

Das westliche Europa kann auf eine inzwischen fast siebzigjährige Friedensperiode verweisen. Eine Ausnahme stellen die Balkankriege im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens dar, die nur mit dem Eingreifen der USA befriedet, aber noch immer nicht abschließend bereinigt werden konnten. Dem steht auf der Haben-Seite der Friedensbilanz die in der Weltgeschichte einmalige Teilung eines Staates auf friedlichem Weg gegenüber. Am 1. Jänner 1993 entstanden aus der Tschechoslowakei zwei neue Republiken: Tschechien und die Slowakei. Beide sind seit 1. Mai 2004 Mitglieder der EU. Die Slowakei wurde zudem mit 1. Jänner 2009 das 16. Mitglied der Eurozone, die mit der Mitgliedschaft von Estland im Jahr 2011 zur Euro-17 wurde.

Der Weg der europäischen Integration entwickelte sich zur Erfolgsstory. Der EU, die seit 1. Januar 2002 über eine gemeinsame Währung verfügt, ge-

hören mit dem am 9. Dezember 2011 unterzeichneten Beitrittsvertrag mit Kroatien 28 Staaten an, wovon 17 die Eurozone bilden. Die europäische Integration stellt als Friedens- und Wohlstandsprojekt in der wirtschaftspolitischen Zivilisationsgeschichte der Menschheit einen außergewöhnlichen Tatbestand dar; das könnte Vorbildwirkung für andere Regionen der Welt haben. Allerdings muss die EU in Kauf genommene Schwächen bzw. Versäumnisse schnellstens korrigieren und sich im neuen globalen Machtgefüge positionieren, wenn die Erfolgslinie des wirtschaftspolitischen Friedensprojektes im 21. Jahrhundert eine ebensolche Fortsetzung finden soll.

### 5. Labile polyzentrische Weltordnung

Das 19. Jahrhundert galt als das europäische und das 20. als das amerikanische Jahrhundert. Die Vormachtstellung der USA wurde durch die aufstrebenden Staaten in Asien, vor allem China und Indien, aber auch durch andere erstarrende Schwellenländer wie Brasilien, Südafrika, Russland oder Mexiko zunehmend in Frage gestellt. Die Vormachtstellung der USA wird dennoch weit in das Jahrhundert fortwirken.

Unbestritten ist eine zunehmende Verlagerung weltpolitischer Macht von West nach Ost zu beobachten, sodass die einen das 21. Jahrhundert bereits zum „asiatischen“ erklären, während andere bereits das „pazifische Jahrhundert“ anbrechen sehen. Der „neuen Asiatischen Hemisphäre“ (Kishore Mahubani) mangelt es für einen globalen Machtwechsel aber nicht nur an Visionen, sondern auch an Kraft. So wie die anderen Schwellenländer sind auch Asiens Erfolgsstaaten zwar in der Lage, die Weltwirtschaft zu beeinflussen, retten können sie diese aber nicht. Das geografische Dreieck zwischen Delhi, Jakarta und Peking leidet unter religiöser und sozialer Zerklüftung, aber auch unter der Reibung von archaischem Brauchtum und ultramodernem Pioniergeist. Autokratien sind mit wachsenden Mitbestimmungswünschen ihrer Untertanen und wachsenden sozialen Spannungen konfrontiert, wofür in China Aufstände der in der zweiten und dritten Generation stehenden, ihrer ursprünglichen Heimat entwurzelten Wanderarbeiter nur ein exemplarisches Beispiel sind. Demokratien wie Indien oder Indonesien leiden unter Korruption und Ineffizienz, die ebenfalls mit einer zunehmenden Ungeduld der Bürger einhergeht.

Umgekehrt ist im Westen eine hausgemachte Demontage der eigenen Stärke zu beobachten. Die USA leiden unter einer Krise des demokratischen

Systems, geprägt von gemeinwohlschädigendem Bellizismus in der Innenpolitik und Doppelmoral in der Außenpolitik. Das einst strahlende Erfolgsmodell Europa leidet an innerer Korrosion. Ohnedies wird Europa in der Welt nur als wirtschaftlicher Riese wahrgenommen. Politisch gilt die EU als Zwerg und militärisch als Wurm (Egon Bahr).

Das System der multipolaren Weltordnung läuft Gefahr, zu einem labilen Nebeneinander mächtiger Staaten zu werden. Solche Strukturen sind wenig geeignet, die neuen Bedrohungen des Weltfriedens zu bändigen. Die steigenden Militärausgaben im asiatischen Raum und im Nahen und Mittleren Osten sind Ausdruck dieser Instabilität.

Die Globalisierung hat auch zu einem bislang unbekanntem Vernetzungsgrad bei Risiken geführt. Regionale Konflikte und Katastrophen können sich schneller denn je zu einem globalen Flächenbrand ausdehnen und die gesamte Menschheit in Mitleidenschaft ziehen. Zu der Phalanx solcher Gefahren zählen, um einige plakative Beispiele herauszugreifen, der internationale Terrorismus, die Instrumentalisierung des politischen Umbruchs im arabischen Raum durch religiöse Fundamentalisten, die Bedrohung durch neue Nuklearmächte und eine dramatische Energiekrise durch die Sperre der Wasserstraße von Hormuz, eine neuralgische Meerenge, die den Persischen Golf mit dem Golf von Oman, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean verbindet.

Von Menschenhand geschaffene Systeme – ob wirtschaftlicher, technischer oder politischer Natur – können Dominoeffekte und eine schwer beherrschbare Eigendynamik auslösen. Dieses Szenario wurde mit der schweren Finanzkrise, die mit dem Fall der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 und der Beinahe-Pleite des Versicherungskonzerns AIG ausgelöst wurde und sich wie ein Flächenbrand zu einer weltweiten Wirtschaftskrise mit unabsehbaren politischen Folgen ausgeweitet hat, zur traumatischen Wirklichkeit. So wie 9/11 hat auch 9/15 die Welt eine andere werden lassen.

Ob geostrategische Machtverschiebungen in der Sicherheitspolitik, die Folgen des Klimawandels oder Verwerfungen des Finanzsystems – die einzelnen Staaten sind für die kleinen Aufgaben längst zu groß und für die großen Aufgaben längst zu klein geworden (Daniel Bell).

Angesichts der steigenden Weltbevölkerung werden Konflikte um die immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen wie sauberes Wasser und Erdöl, vor allem aber auch Nahrungsmittel immer wahrscheinlicher. Diese werden sich mit Mitteln der Gewalt nicht dauerhaft lösen und in der durch die Globalisierung klein gewordenen Welt auch nicht lokal begrenzen lassen.

Daher muss das Ringen um eine neue Weltordnung in Form eines tragfähigen supranationalen Systems als eine der bedeutendsten politischen Aufgaben des 21. Jahrhunderts gelten. An der Mitwirkung daran würde Europa aufgrund seiner jüngsten Geschichte nicht nur eine besondere Legitimation, sondern geradezu eine Verpflichtung zukommen. Allerdings wird Europa im neuen globalen Spiel der Mächte nur dann zu den Playern zählen und nicht als Spielball gelten, wenn die EU nicht nur die bestehenden wirtschaftlichen Probleme in den Griff bekommt, sondern sich endlich auch zu einer gemeinsamen Außenpolitik und zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik durchringen kann.

## 6. Elementarbedürfnis Sicherheit

Die krisenhaften Entwicklungen der Welt haben auch in Europa zu einem steigenden allgemeinen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung geführt. Sicherheit zählt, wie empirische Untersuchungen zeigen, neben Gesundheit zum wichtigsten Gut der Menschen.

In vielen Staaten, darunter auch Österreich, wird Verteidigungspolitik längst als alle Lebensbereiche umfassende Sicherheitspolitik verstanden. Daher geht die moderne Verteidigungspolitik weit über die primäre Zielsetzung der Ausschaltung und Unterwerfung eines Gegners hinaus, wofür die Schriften des chinesischen Generals Sunzi aus dem 5. vorchristlichen Jahrhundert und des preußischen Generals Carl von Clausewitz aus dem 19. Jahrhundert nicht nur bei Militärexperten als klassische Meisterwerke gelten.

Eine zukunftsorientierte Sicherheitsarchitektur muss neben der Bekämpfung bekannter und neuer Gefahren – wie internationaler Terrorismus, internationale Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel, Cyber-Kriminalität, neue Seuchen und Pandemien – in zunehmender Weise auch die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur, der Transportwege und der Transportsysteme sowie die Versorgung der Volkswirtschaft mit ausreichend Energie, Rohstoffen und Nahrungsmitteln und der Menschen mit sauberer Luft und sauberem Wasser durch eine intakte Umwelt sicherstellen. Ebenso erfordert eine moderne Sicherheitsarchitektur auch die Entwicklung humaner Problemlösungsmodelle für Flüchtlings- und Migrationswellen.

Auch Maßnahmen, die auf den Erhalt und Ausbau der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsstandorts und damit auf die Sicherung von Wohlstand und die Beibehaltung eines tragfähigen sozialen Netzes ausgerichtet sind, können im weiteren Sinn ebenfalls als Teil einer umfassenden Sicher-

heitsarchitektur gewertet werden, da damit der soziale Friede begünstigt wird, der wiederum als gewichtiger wirtschaftlicher Standortvorteil gilt.

Eine der Kernaufgaben der Politik ist neben der Gewährleistung einer umfassenden Sicherheit für die Bevölkerung die rechtzeitige Antizipation von neuen Gefahren und Herausforderungen. Die nicht nur in der EU zu beobachtende politische Taktik, auf Krisen nur kurzfristig und jeweils möglichst pragmatisch zu reagieren, mag den Gang in die Katastrophe gegebenenfalls abfedern, aber auf Dauer nicht zu stoppen. Dazu bedarf es klarer Zukunftsperspektiven samt strategischen Umsetzungsvorgaben.

Neue soziale Protestbewegungen wie „Occupy Wall Street“, „Stuttgart 21“ oder in Österreich die Einleitung zahlreicher Volksbegehren sind Reaktionen auf Versäumnisse der Politik und die als Bedrohung erkannte Gefahr, dadurch die Zukunft zu verspielen.

Die Finanzkrise nach 9/15 hat in zahlreichen EU-Staaten, darunter auch Österreich, massive Strukturprobleme und die bedrohliche Schieflage der öffentlichen Haushalte ans Tageslicht gebracht. Diese ist vor allem die Folge von Ineffizienz und oft Verschwendung im öffentlichen Bereich sowie einer unverantwortlichen Frühpensionierungspolitik. Wie nötig eine Durchforstung der öffentlichen Ausgaben auf Effizienz hin ist, belegt auch die Tatsache, dass in Österreich Armut zu beklagen ist, obwohl die Sozialquote (Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) etwas mehr als 30 Prozent beträgt. Zudem weisen die Jugendfürsorge sowie die Jugendwohlfahrt schwere Mängel auf. So etwa besucht inzwischen jeder zwölfte Pflichtschüler in unserem Land keinen Unterricht. Erschreckend ist auch der im internationalen Vergleich besonders hohe Missbrauch von Nikotin und Alkohol bis hin zum Koma-Trinken. Der Schuldenberg bei den öffentlichen Haushalten wurde aufgetürmt, weil auf Kosten der nachfolgenden Generationen konsumiert statt in die Zukunft investiert wurde. Die sogenannte Eurokrise ist daher keine Währungs-, sondern eine Staatsschulden- und damit eine politische Krise.

## 7. Flagge für den Euro zeigen

Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum braucht eine gemeinsame Währung und diese wiederum ein Mindestmaß an gemeinsamen finanzwirtschaftlichen und fiskalpolitischen Regeln einschließlich der Sicherstellung ihrer Einhaltung. Das Versäumnis, das entsprechende Regelwerk aufzustellen, kommt der EU jetzt teuer zu stehen.



Die Abkehr vom Euro käme aber einem Desaster gleich, das die Wirtschaft schwer beeinträchtigen und in der Bevölkerung zu deutlichen Wohlstandsverlusten führen würde. Profitieren würden vom Zerfall der Eurozone vor allem die Spekulanten, die gegen den Euro gewettet haben. Diese Casino-Wetten erfolgten vor allem in Form von Derivaten wie den Credit Default Swaps (CDS), die im Rahmen einer ungehemmten Liberalisierungspolitik der Finanzmärkte im blinden Glauben der „Masters of the Universe“ an die Selbstheilungskräfte der Märkte möglich geworden sind und der Weltwirtschaft schweren Schaden zugefügt haben.

Profitieren würden auch die USA als größte Volkswirtschaft der Welt, weil der US-Dollar seine Funktion als Leitwährung wieder festigen könnte, da der Euro neben dem Yen als immer bedeutsamer werdende Reservewährung gehandelt wird. Zudem würden die Verwerfungen in der europäischen Wirtschaft bei einem Zerfall der Eurozone den USA Konkurrenzvorteile bringen. In letzterem Zusammenhang darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die wirtschaftlichen Interessen der USA immer stärker nach Asien ausrichten und Europa Gefahr läuft, zwischen diesen beiden Kräften „gesandwich“ zu werden, wenn es sich nicht selbst als starker Wirtschaftsblock behaupten kann.

Das EU-Mitglied Großbritannien wiederum steht in Gegnerschaft zu einem festeren Regelwerk für den Euro, weil damit Verschlechterungen für den eigenen Finanzplatz befürchtet werden, der inzwischen für einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsprodukts aufkommt.

Dem Zerfall der Eurozone wird vor allem von einflussreichen Wirtschaftsmagazinen beider Länder das Wort geredet. Dabei wird ungeachtet der Berechtigung von Kritik allzu leichtfertig darüber hinweg gegangen, dass mit dem Fall der Eurozone auch eine empfindliche Abkühlung der Weltkonjunktur verbunden wäre.

Zu den Hauptaufgaben im Rahmen der Sicherstellung eines erforderlichen Regelwerks für die Stabilität des Euros zählen die Sanierung der überschuldeten Haushalte einzelner Mitgliedsländer und die Gewährleistung einer soliden Finanzpolitik.

Dabei kommt der nachhaltigen Bereinigung des Finanzdesasters in Griechenland eine wichtige Signalwirkung zu. Aus Gründen der politischen europäischen Stabilität darf dabei aber nicht hingenommen werden, dass Griechenland durch eine von EU und Weltbank verordnete Austeritätspolitik in eine derart aussichtslose Lage gedrängt wird, dass die Menschen des Landes für lange Zeit keine Aussicht auf Prosperität und Verbesserung ihres Lebens-

standards haben. Griechenland muss dabei unterstützt werden, endlich europareif zu werden. Um den Weg dafür frei zu machen, ist ein beträchtlicher Schuldenschnitt notwendig.

Schon im Alten Testament ist im Buch Levitikus nachzulesen, dass bei der Uneinbringbarkeit von Schulden auch die Gläubiger in die Pflicht zu nehmen sind. Daher war für Schulden, die auch nach fünfzig Jahren, im „Jobeljahr“, nicht eintreibbar waren, ein Schuldenerlass vorgesehen (Levitikus 25, 8–38). Auch der wirtschaftliche Aufstieg Österreichs nach 1945 war mit einem Schuldenschnitt verbunden. In dem 1952 geschlossenen Schuldenabkommen von Rom wurden Österreich 71,5 Prozent (!) seiner Vorkriegsschulden erlassen. Die letzte Rate der verbliebenen Schuld wurde aus den Mitteln des Budgets 1978 getilgt.

Es ist zu hoffen, dass das im Februar 2012 beschlossene Hilfspaket für Griechenland, das neben einem 130 Milliarden Euro schweren Hilfskredit auch eine Schuldenreduktion um die Hälfte vorsieht, dem Land das Wiederaufstehen auf die eigenen Beine ermöglicht, was auch ein wirtschaftliches Stimulierungsprogramm erfordert.

Die massive Protestbewegung in Griechenland, die sich gegen die sozialen Konsequenzen der rigiden Sparmaßnahmen der griechischen Regierung richtete und von radikalen Randgruppen zur gewalttätigen Eskalation gebracht wurde, um die Stabilität des politischen Systems zu untergraben, ist ein Memento dafür, wie verletzlich ein demokratisches System schnell werden kann, wenn der Staat zu lange über seine Verhältnisse gelebt hat, eine strukturell veraltete Wirtschaft und eine zu geringe Produktivität aufweist sowie zu wenig wettbewerbsfähig ist.

Mit Ausnahme einiger Erdöl exportierender Staaten ist noch kein Land ohne Industrialisierung reich geworden. Dem industriellen Fortschritt und der technologischen Entwicklung ist zu verdanken, dass in der westlichen Welt heute ein Durchschnittsbürger besser lebt als ein Monarch (Eric Hobsbawm). Nur mit neuen technischen und technologischen Entwicklungen wird es möglich sein, die Lebensgrundlagen für die wachsende Weltbevölkerung bei größtmöglicher Schonung der natürlichen Ressourcen sicherzustellen.

Der Chefökonom der Weltbank, Justin Yifu Lin, fordert daher von den Entwicklungsländern eine verstärkte Industrialisierungspolitik und von den Industrieländern, statt in Finanzgeschäfte in die Verbesserung ihrer industriellen Basis zu investieren. Viele Probleme der Menschheit werden sich nur durch neue Technologien und Verfahren lösen lassen. Daher kommt dem ständigen Ausbau der technologischen Innovationsführerschaft für einen

Wirtschaftsstandort eine mehrfache Bedeutung zu: Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb, Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Aufrechterhaltung von Wohlstand und eines sozialen Absicherungssystems.

## 8. Zukunftsoffensive für Österreich

Österreich ist nach dem Zweiten Weltkrieg von einem Armenhaus Europas zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Land mit innerer und äußerer Sicherheit, breitem Wohlstand, geräumiger Wohlfahrt samt einem inzwischen oft schon zu engmaschigen sozialen Netz, hoher Lebensqualität und vorbildlichen Umweltstandards geworden.

Das sicherheitspolitische Konzept sah seit 1945 die größtmögliche Einbindung in internationale Organisationen vor, auch wenn diese Möglichkeiten aufgrund von Bestimmungen im Staatsvertrag in der Zeit des Kalten Kriegs stark eingeschränkt waren. Mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Österreich und dem Bau der UNO-City in Wien in den 70er Jahren, mit der die UNO einen ihrer Hauptsitze in Österreich aufschlug, war ebenso friedenspolitisches Kalkül verbunden wie mit den zahlreichen Blauhelm-Einsätzen der UNO – von den Golanhöhen über Zypern und den Kosovo bis in den Tschad.

Österreich verfolgt auch eine umfassende, ressortübergreifende Sicherheitsarchitektur. Diese wird der Öffentlichkeit aber zu wenig vermittelt, und damit wird ein wichtiger Unterstützungspfeiler für die Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen vernachlässigt. Als unbestritten muss auch gelten, die notwendigen materiellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine im europäischen und globalen Rahmen zeitgemäße Verteidigungs- und Sicherheitspolitik bereit zu stellen, wozu auch ein modernes Dienstrecht gehören muss. Und: Eine gute Wirtschaftspolitik ist noch immer die beste Sozialpolitik und damit wichtiges Kernstück für den inneren Frieden.

Auf diese Trias wird Österreich auch in Zukunft setzen können, wenn die Verwerfung der öffentlichen Finanzen, die seit dem Jahr 2000 dramatische Formen angenommen hat, durch Einsparungen infolge größerer Effizienz und das Abstellen der anschwellenden Kostenlawine durch immer mehr Frühpensionierungen (Hacklerregelung!) beseitigt und zugleich in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovationen investiert wird, weil Wissen und Know-how immer mehr zum Motor für wirtschaftliches Wachstum, breiten

Wohlstand und soziale Sicherheit werden und damit der Vermeidung von inneren und äußeren Spannungen dienen.

Damit muss auch eine grundlegende Reform unseres oftmals überdehnten Wohlfahrtsstaats einhergehen, indem er an die Erfordernisse des demografischen Wandels angepasst und gleichzeitig vermehrt auf Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge gesetzt wird.

Sicherheit und Frieden werden in einer zunehmend interdependenten Welt immer mehr zu realistischen Vorgaben, die nicht nur als Legitimationsgrundlagen für eine bessere Welt gelten, sondern als generelle Überlebensstrategie für die Menschheit an Bedeutung gewinnen. Dementsprechend sind Politik und Gesellschaft gleichermaßen gefordert, sich dieser Aufgabe vermehrt anzunehmen. „In unserer Verantwortungsfähigkeit steckt ein Versprechen, das dem Einzelnen wie dieser ganzen Welt gilt: Wir sind nicht zum Scheitern verurteilt“ (Joachim Gauck).